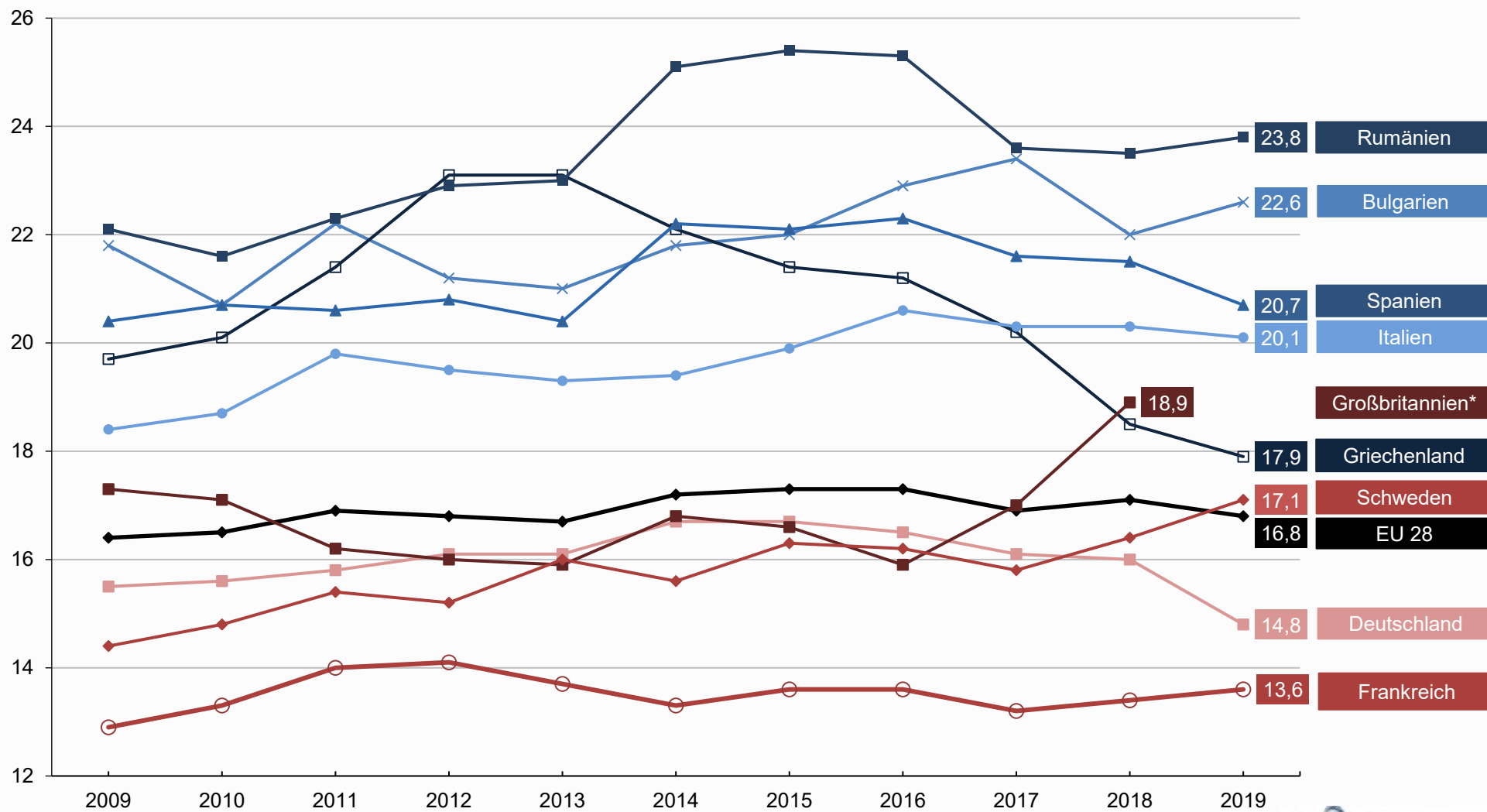


■ Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung in ausgewählten EU-Ländern 2009 - 2019

Armutsgefährdungsgrenze: 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens



Quelle: Eurostat (2021): Armutsgefährdungsquoten, EU-SILC * Wert für das Jahr 2019 liegt noch nicht vor



Armutsgefährdungsquoten in ausgewählten EU-Ländern 2009 - 2019

In der gesamten Europäischen Union war im Jahr 2019 mehr als jede siebte Person armutsgefährdet, wobei die Armutsgefährdungsquote mit leichten Schwankungen zwischen den Jahren 2009 und 2019 nun nahezu auf gleichem Niveau liegt: im Jahr 2009 betrug die Quote 16,5 %, im Jahr 2019 lag sie bei 16,8 %. Damit galten im Jahr 2019 ca. 84,5 Mio. Menschen in der EU als armutsgefährdet. Insgesamt variiert das Armutsrisiko im Vergleich der ausgewählten Länder und reicht im Jahr 2019 von 13,6 % in Frankreich bis hin zu 23,8 % in Rumänien.

Zu den weiteren Ländern mit der höchsten Armutsgefährdung in der EU zählten im Jahr 2019 Bulgarien (22,6 %), Spanien (20,7 %), Italien (20,1 %) und Großbritannien (18,9 %). Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Länder aus Süd- und Osteuropa. Großbritannien lag lange deutlich unterhalb dieser Werte, weist aber im Jahr 2018 mit 18,9 % einen höheren Wert auf als Griechenland. Niedrigere Armutsquoten (meist) unterhalb des EU-Durchschnitts liegen überwiegend in Mittel- und Nordeuropa vor, wie in Schweden (17,1 %), Deutschland (14,8 %) und Frankreich (13,6 %).

Mit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2007 und der seitdem praktizierten harten Austeritätspolitik hat sich vor allem in Südeuropa das Armutsrisiko erhöht. In Spanien ist die armutsgefährdete Bevölkerung seit der Krise um knapp 1,2 Mio. Menschen angewachsen und in Italien um etwa 0,8 Mio. Menschen. Da die Werte in den meisten Ländern schon vor dem Einsetzen der Krise im Jahr 2007 konstant hoch waren, ist der weitere Anstieg besonders problematisch. In Griechenland lässt sich seit dem Jahr 2013 eine deutliche Abnahme der von Armut gefährdeten Menschen ausmachen, so dass sich der Wert für Griechenland dem EU-Durchschnitt annähert. Spanien und Italien verzeichnen seit dem Jahr 2016 leichte Rückgänge. Allerdings liegt das Armutsrisiko im Jahr 2019 dort weiterhin auf hohem Niveau.

Hintergrund

Die Bekämpfung von Armut zählt zu einem der wichtigsten sozialpolitischen Ziele der Europäischen Union. Trotzdem leben in der EU viele Menschen unter Einkommensbedingungen, die mit einem Armutsrisiko verbunden sind. Eine Armutsgefährdung liegt vor, wenn das für jedes Haushaltsmitglied verfügbare Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen zu erwerben, die zur Abdeckung des soziokulturellen Existenzminimums erforderlich sind. Die Armutsgefährdungsschwelle ist auf 60 % des nationalen medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens festgesetzt.

Die nationalen Schwellenwerte für die Armutsgefährdung fallen dabei sehr unterschiedlich aus. Während der Schwellenwert für eine alleinstehende Person in Deutschland 2019 bei 14.109 Euro im Jahr lag, galt in Spanien bereits der Betrag ab unter 9.009 Euro im Jahr als armutsgefährdend und in Polen ab unter 4.275 Euro. In diesem Zusammenhang spricht man deshalb von einer relativen Armut.

Unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft sind in unterschiedlichem Maße von Armut bedroht. Bei kaum einem Unterscheidungsmerkmal ist der Einfluss auf das Ausmaß der Armutsgefährdung größer als beim beruflichen Status. Im Jahr 2019 war insgesamt die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen in der EU mit 48,6 % fast dreimal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung mit 16,2 % (vgl. [Abbildung X.9](#)). Dabei war in keinem EU-Mitgliedstaat die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen höher als in Deutschland (73,7 %). Im Jahr 2005 hatte die Armutsgefährdung von Arbeitslosen in Deutschland noch 40,6 % betragen und entsprach damit dem EU-Durchschnitt. Darin zeigen sich die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen in Deutschland. Insbesondere die Einführung des sogenannten Hartz IV-Gesetzes als Grundsicherung für Arbeitslose reicht zunehmend nicht zur existenzsichernden Finanzierung des Lebens aus.

Des Weiteren ergibt sich in der Betrachtung verschiedener Haushaltstypen in der EU für 2019 ein besonders hohes Armutsrisiko bei alleinlebenden (26,6 %) und alleinerziehenden (33,1 %) Personen. Zusätzlich hängt das Armutsrisiko in hohem Maß mit dem erworbenen Bildungsgrad, dem Alter und dem Geschlecht zusammen.

Wird die Umverteilungswirkung von Sozialleistungen nicht berücksichtigt (ausgenommen die Alterssicherung), erhöht sich die Armutsgefährdungsquote in den EU-Ländern zum Teil erheblich. Dabei wird das Armutsrisiko durch die Sozialleistungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark gemindert. Ohne Sozialleistungen war im Jahr 2019 das Armutsrisiko in Bulgarien (29,6 %), Großbritannien (29,5 %), Schweden (28,9 %) und Rumänien (28,1 %) am höchsten (vgl. [Abbildung X.11](#)).

Methodische Hinweise

Die Daten beruhen auf den Ergebnissen des EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions) vom statistischen Amt der Europäischen Kommission (Eurostat). Der EU-SILC ist eine sich jährlich wiederholende Erhebung in allen EU-Ländern und dient als Bezugsquelle für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Eingliederung in der Europäischen Union.

Großbritannien hat die EU zum 01. Januar 2021 verlassen. Da es im Berichtsjahr 2018 jedoch noch Teil der EU war, wird es hier mit dargestellt.

Die Armutsgefährdungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an einer Gesamtgruppe ist. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Dabei berücksichtigt die Einkommensberechnung sowohl die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen als auch die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben – durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf oder bei Haushaltsanschaffungen – entstehen. Die Einkommen werden also gewichtet.

Das verfügbare Haushaltseinkommen ist die Summe der gesamten Einkommen aller Haushaltsmitglieder aus allen Quellen (einschließlich Einkünften aus Erwerbstätigkeit, Anlagen und Sozialleistungen), wobei Einkommen auf Haushaltsebene hinzugerechnet, Steuern und Sozialbeiträge hingegen abgezogen werden. Um den unterschiedlichen Haushaltsgrößen und Zusammensetzungen Rechnung zu tragen, wird der Gesamtbetrag anhand einer Standard(äquivalenz)skala durch die Zahl der „Erwachsenenäquivalente“ dividiert. Bei dieser „modifizierten OECD-Äquivalenzskala“, werden der erste im Haushalt lebende Erwachsene mit 1,0, alle weiteren Haushaltsmitglieder im Alter von 14 Jahren und darüber mit 0,5 sowie Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Das so ermittelte Äquivalenzeinkommen wird den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugeordnet. Für die Erstellung der Armutsindikatoren wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen berechnet, indem das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen durch die Haushaltsäquivalenzgröße geteilt wird. Folglich ergibt sich für jede in dem Haushalt lebende Person dasselbe Äquivalenzeinkommen.

Die Höhe der Armutsrisikoquoten hängt u.a. auch von der Datenbasis ab. In der Auswertung des Mikrozensus (Befragung von 1 % aller Haushalte) errechnet das Statistische Bundesamt für das Jahr 2019 eine Armutsquote für die Gesamtbevölkerung von 15,9 % (vgl. [Abbildung III.72](#)).